



Offener Brief zur Atompolitik

**an den Landesvorstand von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Baden Württemberg und
an die Abgeordneten der baden-württembergischen Landesgruppe in der
Bundestagsfraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

Liebe Freundinnen und Freunde,

auf einer Sonder-Bundesdelegiertenkonferenz werden die Grünen am kommenden Samstag, den 25. Juni 2011, in Berlin darüber entscheiden, wie sie sich als Partei zum sogenannten „Atomkonsens“ der schwarz-gelben Bundesregierung verhalten werden. Diese Entscheidung ist nicht leicht, denn die Bundesregierung versucht uns mit einem Angebot zu umwerben, das dem rot-grünen Atomausstieg nahe kommt, ihn in manchen Punkten vielleicht sogar übertrifft. Mit diesem Brief wollen wir Euch die Position des Landesvorstands der GRÜNE JUGEND Baden-Württemberg in dieser Frage darlegen.

Seit unserem Bestehen kämpfen die Grünen und die Grüne Jugend zusammen mit der Umwelt- und der Anti-Atom-Bewegung für den Atomausstieg. Ebenfalls seit Jahrzehnten halten die Atom-IdeologInnen von Union und FDP dagegen und hetzen gegen den Ausstieg aus der Atomkraft. Platte Sprüche wie „Atomkraftgegner überwintern - im Dunkeln und mit kaltem Hintern“ waren jahrelang die einzigen „konstruktiven“ Beiträge von Schwarz-Gelb zu einer sicheren, nachhaltigen Energiepolitik. Noch im letzten Herbst erwiesen sich FDP und Union mit der Laufzeitverlängerung wieder einmal als HandlangerInnen der Atomlobby.

Jetzt – drei Monate nach der schrecklichen Reaktorkatastrophe in Fukushima – hat sich die Regierung um 180 Grad gedreht, die Laufzeitverlängerungen zurückgenommen und fast 700 Seiten Gesetzesentwürfe und Dokumente vorgelegt, die den Ausstieg aus der Atomkraft bis zum Jahr 2022 vorsehen. Dass die Regierung sich so verbiegen muss, ist in erster Linie auch ein Erfolg des gemeinsamen Kampfes der Anti-Atom-Bewegung – zusammen mit uns Grünen. Es ist ein Erfolg all der Menschen, die sich zu hunderttausenden an Menschenketten und Demonstrationen beteiligt haben und auf Straßen und Schienen den Castor blockierten. Dabei konnten wir insbesondere auch in

Baden-Württemberg eine kraftvolle Renaissance des Widerstands gegen die Atomkraft erleben – nicht nur, aber gerade auch im Vorfeld der für uns so erfolgreichen Landtagswahl.

Die schwarz-gelbe Regierung spricht nun von einem Konsens. Doch was sie bisher in Gesetzesform präsentiert hat, ist kein Konsens – weder im Inhalt, noch in der Form. Ein gesellschaftlicher Konsens, das hätte zuerst einmal bedeuten müssen, sich mit allen beteiligten Gruppen an einen Tisch zu setzen. Stattdessen hat die Regierung die Entscheidungsfindung in eine intransparente, zu einseitig besetzte Ethikkommission und in nächtliche Koalitionsrunden verlagert. Verhandlungen mit den Umweltverbänden oder der Opposition fanden nicht statt. Und das spiegelt sich auch in den inhaltlichen Ergebnissen wider.

Was das Enddatum des Ausstiegs und die Verbindlichkeit dieses Datums angeht, entsprechen die Beschlüsse der Regierung weitestgehend dem rot-grünen Ausstiegsbeschluss. Aber sie fallen weit hinter das zurück, was möglich und was – spätestens nach Fukushima – nötig wäre. Das Enddatum liegt zu spät – und verzögert so die Energiewende um weitere wertvolle Jahre und setzt uns viel zu lange weiter den Risiken der Atomkraft aus. Zudem enthalten die schwarz-gelben Vorschläge keinerlei Verbesserungen der Sicherheitsstandards bei Atomkraftwerken. Der illegale Schwarzbau in Gorleben – trotz aller vorliegenden Erkenntnisse, dass dieser Standort als Endlager nicht taugt – wird von der Regierung weiterbetrieben. So verkommt die ergebnisoffene Endlagersuche zur Farce. Außerdem hintertreibt Schwarz-Gelb die Energiewende und den Klimaschutz, indem sich die Bundesregierung bei weitem nicht genug für den Ausbau der Erneuerbaren Energien einsetzt, dafür aber umso mehr für die Kohlekraft tut.

Nicht zuletzt wegen dieser inhaltlichen Bilanz des schwarz-gelben Energiepaketes haben Umweltverbände und VertreterInnen der Anti-Atomkraftbewegung uns in den vergangenen Tagen und Wochen deutlich gemacht, dass sie bei einem Atomausstieg bis 2022 keinesfalls mitgehen können. Für uns ist ebenfalls klar: Auch wenn die Regierung Merkel sich grün anmalt, ist das, was sie vorlegt, noch lange nicht genug, um das „grüne Gütesiegel“ erhalten zu können. Dem bisher vorliegenden Ausstiegsbeschluss sollten wir Grüne deshalb keine Zustimmung erteilen.

Für uns als GRÜNE JUGEND Baden-Württemberg ist eine grüne Zustimmung zum Gesetzespaket Atomausstieg deshalb nur denkbar, wenn die Bundesregierung zu

ernsthaften Verhandlungen bereit ist und den Grünen Forderungen dabei in den folgenden Punkten deutlich entgegen kommt:

- Eine wichtige Lehre aus Fukushima hätte die Verschärfung der Sicherheitsauflagen für Atomkraftwerke sein müssen. Doch Schwarz-Gelb tut nichts. Wir fordern deshalb, dass das kerntechnische Regelwerk, das seit Jahren fertig in den Schubladen des Umweltministeriums liegt, sofort zur Anwendung kommt. Außerdem muss der Paragraph 7d des Atomgesetzes, mit dem von Schwarz-Gelb eine freiwillige Schadensvorsorge eingeführt wurde, sofort zurückgenommen werden.
- Kein Ersatz von Atom- durch Kohlestrom. Wir müssen dezentrale erneuerbare Energie massiv ausbauen, statt an verkrusteten Strukturen festzuhalten und den Klimaschutz gegen den Atomausstieg auszuspielen. 35 Prozent erneuerbare Energien bis 2020 sind eindeutig zu wenig und entsprechen noch den Prognosen zur Zeit der Laufzeitverlängerung. Gerade beim Einstieg in eine alternative Energieversorgung bräuchten wir einen politischen Konsens, denn dies wird die große politische und gesellschaftliche Herausforderung in den nächsten Jahren sein.
- Der Schwarzbau Gorleben als Endlager muss unverzüglich gestoppt werden, denn der Standort ist geologisch und politisch ungeeignet. Wir brauchen eine ergebnisoffene Endlagersuche – allerdings ohne die faktische Vorfestlegung auf Gorleben.
- Das Enddatum des Atomausstiegs darf nicht das Jahr 2022 sein. Mit ihrem Beschluss bleibt die Bundesregierung sogar hinter dem zurück, was die Ethikkommission ihr vorgeschlagen hatte. Erst im März haben die Grünen beschlossen, dass sie bis zum Jahr 2017 aus der Atomkraft aussteigen wollen, weil das technisch und rechtlich machbar und politisch geboten ist. Diesem Datum muss deshalb auch die Bundesregierung entgegen kommen.

Aus unserer Sicht ist ein grünes Ja zu den schwarz-gelben Atomgesetzen nur möglich, wenn diese Bedingungen erfüllt sind. Denn warum sollten wir als Oppositionspartei einem Ausstieg zustimmen, der nicht weitgehend genug ist, der vielen unserer Ziele nicht entspricht und der noch nicht einmal mit uns verhandelt wurde?

Wir fordern die Grünen dazu auf, anhand dieser Eckpunkte erneut zu versuchen, Verhandlungen mit der Bundesregierung zu führen. Die Bundesregierung fordern wir auf, im Sinne eines echten gesellschaftlichen Konsenses nochmals in Verhandlungen zu treten – diesmal wirklich mit allen beteiligten AkteurInnen.

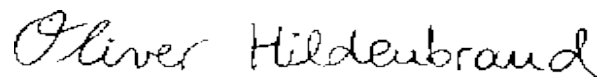
Wenn sich die schwarz-gelbe Regierung weiterhin einer solchen Konsensfindung verweigert, darf der schwarz-gelben Politik kein „grünes Gütesiegel“ verliehen werden. Dann werden wir unseren Kampf gegen die Atomkraft gemeinsam mit der Anti-Atombewegung auf der Straße, auf den Schienen, mit Blockaden und Demonstrationen fortsetzen.

Als GRÜNE JUGEND Baden-Württemberg setzen wir uns für den schnellstmöglichen Atomausstieg ein. Dafür haben wir gemeinsam mit Euch und der Anti-Atom-Bewegung seit jeher gestritten. Deshalb bitten wir Euch darum, einem falschen Kompromiss mit den schwarz-gelben Atomparteien nicht zuzustimmen.

Mit stacheligen, junggrünen Grüßen,



Jessica Messinger
(Landessprecherin)



Oliver Hildenbrand
(Landessprecher)